



## Presseschau vom 13.03.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news und novorosinform* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenTund Timer)* gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

## Nachts:

Rusvesna.su: Die zentrale Ermittlungsbehörde des russischen Untersuchungsausschusses hat ein Strafverfahren gegen einen US-Bürger geöffnet, gegen den pensionierten US-Armee-General Robert Scales wegen öffentlicher Aufstachelung zum Angriffskrieg, unter Nutzung von Massenmedien. Dies sagte der offizielle Vertreter des Ausschusses Wladimir Markin. Scales Aussage wurde im TV-Sender Fox News ausgestrahlt. Der General im Ruhestand hatte einen Plan zur Lösung der ukrainischen Krise vorgeschlagen, der beinhaltet, die russischen Soldaten im Donbass zu töten.

"Der einzige Weg für die USA, die Situation in der Region irgendwie zu beeinflussen und das Blatt des Krieges zu wenden ist die Tötung der Russen. Und zwar so viele Russen zu töten, dass die russischen Medien nicht mehr die Tatsache verschweigen können, dass die Russen in Särgen heimkehren", sagte Scales...

De.sputniknews.com: Trotz des Waffenstillstandes im Donezbecken stockt die ukrainische Armee laut Präsident Pjotr Poroschenko ihr Kampfpotenzial weiter auf. „Die Waffenruhe bedeutet nicht, dass wir nicht zurückschießen“, sagte Poroschenko am Donnerstag in einer Sitzung des Sicherheits- und Verteidigungsrats in Kiew.

„Parallel zur Erfüllung der Vereinbarungen verstärkt die Ukraine ihre Stellungen und erhöht ihre Verteidigungskraft“, so Poroschenko in seinem Statement, das auf der offiziellen Webseite des ukrainischen Präsidenten veröffentlicht ist. Er habe einen Plan für den Bau neuer militärischer Befestigungsanlagen im Donbass bestätigt. „Wir stocken das Kampfpotenzial unserer Streitkräfte aktiv und entschieden auf.“

## Vormittags:

Dan-news.info: Kiew bleiben 24 Stunden zur Bestimmung der Territorien mit besonderem Status im Donbass. Dies erklärte der offizielle Vertreter der DVR in der Kontaktgruppe Denis Puschilin.

„Kiew bleiben 24 Stunden zur Erfüllung seiner Verpflichtungen; wenn die Oberste Rada in dieser Zeit nicht die Liste der Ortschaften mit besonderem Status bestimmt, wird der gesamten Welt offensichtlich, dass Kiew den Minsker Prozess im Donbass zum Scheitern bringt, die Regierung dieses Landes will keine politische Regelung“, sagte er in einer Sendung des Fernsehsenders „Rossija 24“.

Gleichzeitig unterstrich Puschilin, dass gerade die politische Lösung des Konflikts ein unabdingbarer Teil des Maßnahmenkomplex ist, der am 12. Februar in Minsk von der Kontaktgruppe unter Garantie Russlands, Deutschlands und Frankreichs unterschrieben wurde.

De.sputniknews.com: Die Behörden in Kiew haben laut Kreml-Pressesprecher Dmitri Peskow ihr Versprechen nicht eingehalten, für die Milizen in der Krisenregion Donbass eine Amnestie zu erteilen, und zeigen keinen Willen, die finanzielle und die soziale Infrastruktur im Osten des Landes wiederherzustellen.

„Leider beobachten wir einen Unwillen“, die Minsker Vereinbarungen vollständig umzusetzen, sagte Peskow in einem Interview für die US-Agentur Associated Press. Moskau sei darüber besorgt und erwarte, dass die beiden Konfliktparteien ihren Verpflichtungen nachkommen und alle schweren Waffen vollständig und rechtzeitig zurückziehen.



Dan-news.info: Die Soldaten der ukrainischen Armee haben in den letzten 24 Stunden 62 Mal Wohngebiete von Ortschaften der DVR und Positionen der Milizen beschossen, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.

„In den letzten 24 Stunden wurden 62 Beschüsse von Seiten der Positionen der ukrainischen Truppen festgestellt. In der Nacht wurden 26 Mal die Positionen der Milizen und Wohngebiete der Städte Gorlowka, Jasinowataja, der Ortschaften Weseloje, Spartak, Schirokino, das Bergwerk Oktjabrskaja und Nowolaspa beschossen.“

Nach den Worten des Verteidigungsministeriums wurden die Ortschaften auch mit Artillerie beschossen.

„Sie haben mit SPW, 120mm-Granatwerfern und auch mit 152mm Artillerie geschossen.“

„Unter den Milizen gab es in den letzten 24 Stunden als Folge der Beschüsse gegen 18:00

einen Toten und zwei Verletzte. Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung liegen nicht vor.“

De.novorosinform.org: In Mariupol sucht die ukrainische Nationalgarde Fahrzeuge durch und lassen die Autofahrer nicht weiterfahren, bis sie von ihnen Geld erhalten haben. Einige Autofahrer werden über eine lange Zeit und ohne Begründung aufgehalten. Um einen Arrest zu vermeiden, lassen die Autofahrer ihre Dokumente der Nationalgarde da und machen sich auf die Geldsuche, um sich von „Verteidigern der Ukraine“ frei zu kaufen.

De.sputniknews.com: Russlands Unkosten nehmen zu, wenn die Minsker Vereinbarungen erneut verletzt werden oder „die prorussischen Separatisten“ neue Territorien einnehmen sollten, heißt es in einer Erklärung des Weißen Hauses, die nach dem Treffen der nationalen Sicherheitsberaterin Susan Rice und von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier veröffentlicht wurde.

Rice und Steinmeier einigten sich auf die „Notwendigkeit, die Minsker Vereinbarungen durch alle Seiten umzusetzen, was eine Einstellung jeglicher Kämpfe, die Zusammenarbeit mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und die Freilassung aller Gefangenen vorsieht“.

Rice und Steinmeier stimmten auch der Notwendigkeit zu, die Behörden in Kiew zu unterstützen, „die Schritte zur wirtschaftlichen Stabilisierung vornehmen“.

Steinmeier, der am Mittwoch zu einem dreitägigen Besuch in die USA gereist war, wo er am Donnerstag auch mit Rice zusammenkam.

Novorosinform.org: Ein außerplanmäßiger humanitärer Konvoi für den Donbass verließ heute das Katastrophenschutzzentrum von Russland in der Region Rostow. Heute wird er Lebensmitteln und andere notwendige Güter nach Donezk und Lugansk bringen. Insgesamt besteht der Konvoi aus 50 Kamaz-LKW, die mehr als 250 Tonnen Fracht transportieren: Lebensmittel, Baustoffe sowie Artikel für den Beginn der Aussaat. Die außerplanmäßige Lieferung wurde aufgrund der schwierigen humanitären Lage im Donezbecken notwendig.

Lug-info.com: Der Staat wird private Unternehmen liquidieren, die weiterhin gestohlenes Altmetall aufkaufen und wird, wenn es notwendig ist, ein staatliches Monopol für diesen Markt schaffen. Dies erklärte heute das Oberhaupt der LVR Igor Plotnizkij.

Dan-news.info: Gemeinsame Erklärung der Oberhäupter der DVR und der LVR Sachartschenko und Plotnizkij an den Präsidenten Frankreichs Hollande und die Kanzlerin der BRD Merkel



Sehr geehrte Frau Kanzlerin, sehr geehrter Herr Präsident!

Wir sind gezwungen, uns an Sie als Garanten der Minsker Vereinbarungen mit der Bitte zu wenden, Druck auf die Ukraine auszuüben, bis hin zur Einführung von personellen und ökonomischen Sanktionen, um ihre Führung zur Erfüllung des Maßnahmekomplexes zu zwingen, der durch die Kontaktgruppe am 12. Februar diesen Jahres unter Ihrer aktiven Teilnahme bestätigt wurde.

Die Ukraine sabotiert offen und erfüllt nicht die auf sich genommenen Verpflichtungen. Erstens halten die ukrainischen Truppen den Abzugsplan für die schweren Waffen nicht ein und liefern keine Informationen über die neuen Stationierungsorte, was die OSZE-Beobachter bestätigen.

Zweitens – und dies das wichtige! - hat die Oberste Rada nicht einmal mit der Prozedur der Erörterung eines Beschlusses zur Aufstellung einer Liste der Gebiete der Oblaste Donezk und Lugansk begonnen, die die besonderen Rechte in Übereinstimmung mit dem Gesetz der Ukraine „Über den besonderen Status des Donbass“ erhalten sollen. Dabei laufen die 30 Tage, die für die Realisierung dieser Entscheidung in Übereinstimmung mit dem „Fahrplan“ vorgesehen sind, der im Maßnahmekomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen bestätigt wurde, morgen, am 14. März, ab.

Von unserer Seite unterstreichen wir unsere Unterstützung der Minsker Vereinbarungen und die Bereitschaft zur vollständigen politischen Regelung des Konflikts.

Außerdem möchten wir Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, dass entgegen den Minsker Vereinbarungen die ökonomische Blockade unserer Republik von Seiten des Kiewer Regimes weitergeht und sogar verschärft wurde.

Deutschland und Frankreich haben versprochen, bei der Wiederherstellung der Bankinfrastruktur in der Region mitzuarbeiten. Aber Kiew weist auf der einen Seite Ihre Hilfe zurück und tut auf der anderen Seite nichts dafür, dass das Banksystem in unseren Republiken beginnt zu arbeiten.

Als Folge der militärischen Aggression der Ukraine befindet sich die Ökonomie in unseren Republiken am Rande des Zusammenbruchs, Renten und andere Sozialzahlungen werden wie zuvor nicht ausgezahlt. Das Defizit an Griwna ist so stark geworden, dass die Bürger und kleine Unternehmen Zahlungen in beliebigen, vorhandenen Währungen vornehmen – Euro, Dollar, Rubel.

In Zusammenhang damit, dass Kiew nicht damit beginnt, irgendwelche Handlungen zur Verbesserung der ökonomischen Situation zu unternehmen, wenden wir uns an Sie als Garanten der Einhaltung des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen mit der Bitte:

1. Spezialisten aus Ihren Ländern nach Donezk und Lugansk zu schicken, um methodische Hilfe beim Wiederaufbau des Banksystems des Donbass zu leisten. Wir garantieren von unserer Seite Sicherheit, sowohl für Ihre Spezialisten als auch für sie begleitende Personen.
2. Die Einreise auf das Territorium der EU für folgende Bürger der Ukraine wegen Vergehen gegen die Menschlichkeit in Beziehung auf unser Volk, wegen massenhafter Verletzungen von Menschenrechten, wegen der Tötung von Zivilbevölkerung durch militärischen Terror und eine ökonomische Blockade zu untersagen: Jazenjuk, Poltorak, Turtschinow, Awakow, Loshkin, Kolomojskij.

3. Die finanzielle Unterstützung für die gegen das Volks gerichtete Regierung Jazenjuk-Awakow so lange zu stoppen, bis sie die Bedingungen für die Aufhebung der ökonomischen Blockade des Donbass und die politische Regelung des Konflikts garantiert.



De.sputniknews.com: Trotz aller diplomatischen Anstrengungen wird die Ukraine vorerst keine tödlichen Waffen von den USA bekommen, schreibt die „Nesawissimaja Gaseta“ am Freitag.

Am Mittwochabend gab das Weiße Haus bekannt, die Ukraine zu unterstützen, allerdings nicht mit tödlichen Waffen. US-Vizepräsident Joe Biden erläuterte bei einem Telefongespräch mit dem ukrainischen Präsidenten Pjotr Poroschenko, welches Militärgerät geliefert werde. Nach Angaben des Pressedienstes des ukrainischen Präsidenten handelt es sich um „Drohnen, Kommunikationsmitteln, Radaranlagen zur Ortung von Minenwerfer- und Artilleriestellungen, Nachsichtgeräten im Gesamtwert von 75 Millionen US-Dollar sowie um die Lieferungen von 230 Militärfahrzeugen“

Washington erklärte, warum man nicht auf die Bitte der Ukraine eingegangen war, tödliche Waffen zu liefern. „Die Lieferungen von tödlichen Waffen an die Ukraine hätten zu einem größeren Blutvergießen führen können, wir versuchen, dies zu verhindern“, sagte der Sprecher des Weißen Hauses, Josh Earnest. Barack Obama glaube nicht an eine militärische Lösung des Konfliktes im Donezbecken. Hätten die USA die Ukraine mit Waffen versorgt, würde Russland auf ähnliche Weise den Separatisten helfen, was zu einer Eskalation der Gewalt führen könnte, so Earnest... Obwohl die USA auf die Bitte Kiews nicht eingingen, werden die Gespräche mit der EU fortgesetzt. Das teilte der ukrainische Botschafter bei der EU, Konstantin Jelisseejew, im Interview mit dem europäischen Internet-Portal „Euractiv“ mit. Er betonte, dass die Ukraine moderne Flugabwehrsysteme brauche. Auf die Anmerkung des Interviewers, dass es im Himmel über der Ukraine keine russischen Militärflugzeuge gebe, sagte er, dass der Bedarf nach diesen Systemen früher oder später entstehen würde.

Dnr-online.ru: Wie der Pressedienst des Zivilschutzministeriums am 13. März mitteilt, wurde für die Koordination des Wiederaufbaus auf dem befreiten Territorium der Republik in der Stadt Debalzewo eine Koordinationsabteilung für den Wiederaufbau geschaffen. Mit der Kontrolle über den Wiederaufbau der Infrastruktur in der Stadt Uglegorsk befasst sich die Jenakiewer Koordinationsabteilung.

Zu den Aufgaben der Abteilung gehört die Kontrolle über die Fristen beim Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur, die Beaufsichtigung der Verteilung der humanitären Hilfe, die Sammlung von Informationen über die Notwendigkeit von humanitären Lieferungen an untergeordnete Stellen, die Sammlung von Informationen über Probleme der Bevölkerung, die Herstellung von Arbeitskontakten mit den Staatsorganen.

Der erste stellvertretende Leiter des Koordinationszentrums für den Wiederaufbau der DVR Igor Bilodid kommentierte die gegebene Situation so: „Im Rahmen der Aufgaben hat der

systematische Aufbau der Kommunikation mit der Bevölkerung eine besondere Bedeutung. Deshalb bemühen wir uns, möglichst flächendeckend Informationen über die Aufgaben und die Kontaktmöglichkeiten zu den verantwortlichen Personen der Koordinationsabteilung zu verbreiten, vor allem dort, wo die Bevölkerung besonders Unterstützung braucht, wie das beispielsweise in Uglehorsk und Debalzewo der Fall ist“.

## Nachmittags:

Rusvesna.su: Mehr als tausend Demonstranten blockieren vor der Kiewer Stadtverwaltung den Kreschtchatyk. Die Teilnehmer forderten den Rücktritt des Bürgermeister Klitschko und Preissenkungen.

Wie zuvor die Organisatoren des Protestes erklärten, führt der "Marsch der weißen Taschentüchern" vom Büro des Bürgermeisters zum Gebäude des Ministerkabinetts der Ukraine und der Nationalbank der Ukraine.

Der Berater des Ministers für Innere Angelegenheiten Anton Gerashchenko hat bereits die Teilnehmer der Aktion als „bezahlt“ bezeichnet und sagte, dass es notwendig ist, einen Strafmechanismus für die Verantwortlichen von Protesten zu entwickeln.

Lug-info.com: Die Städte Brjanka, Kirowsk und Stachanow sind seit einem Tag ohne Wasser. Dies teilte heute die Generaldirektorin von „Luganswoda“ Larissa Duchina mit. „Die Situation mit der Wasserversorgung von Brjanka, Kirowsk und Stachanow hat sich leider verschlechtert. Dies ist damit verbunden, dass die sich auf „jener“ Seite befindenden Pumpstationen Krymskaja und Krasnolimanskaja und die Wasserentnahmestelle Setlitschankij nicht funktionieren (teilweise auf Verlangen der Nationalgarde abgestellt, teilweise ohne Strom). Eine genaue Untersuchung und Reparatur können wir nicht durchführen“, sagte sie.

Zur Zeit werden diese Städte aus der Hauptwasserleitung versorgt, aus der zuvor nur Altschewsk, Antrazit und Krasnyj Lutsch ihr Wasser erhielten.

„Als Folge einer Störung in einem Kraftwerk am 10.-11. März wurden vier unserer grundlegenden westlichen Filterstationen vom Strom abgeschnitten. Deshalb blieben Brjanka, Stachanow, Kirowsk in den letzten 24 Stunden ganz ohne Wasser“, sagte Duchina. Bis zum Eintritt in das normale Regime sind normalerweise 24 bis 40 Stunden nötig.

„Das ist unter normalen Bedingungen und unter der Voraussetzung, dass sich keine neuen Abflüsse bilden, über die wir bisher nicht wissen. Wir erwarten einen Eintritt in das normale Regime, wir bemühen uns, einen Umfang bis 30% zu sichern und werden uns bemühen, Abflüsse zu beseitigen“, sagte Duchina.

Zurzeit wird zusammen mit den städtischen Behörden nach zusätzlichen Möglichkeiten für eine stabile Zufuhr von Wasser für die drei Städte gesucht. Dafür werden zusätzliche Transportmittel und Treibstoffe zur Verfügung gestellt.

Dnr-online.ru: Der Pressedienst des Transportministeriums teilt am 13. März mit, dass „gestern der Sicherheitsdienst der Ukraine sich die nächsten „großen Verdienste“ zuschrieb, da sie einen angeblich von den Milizen ernannten Leiter des Staatsunternehmens Donezker Eisenbahn festgenommen haben“.

Der ehemalige Leiter wurde im Charkower Oblast gegen 15 Uhr festgenommen. Ihm wird Entwendung von Staatseigentum im großem Maßstab und die Finanzierung von terroristischen Organisationen vorgeworfen. Das Transportministerium der DVR und

insbesondere die Donezker Eisenbahn halten es für ihre Pflicht, objektive Informationen über den genannten Leiter zur Verfügung zu stellen. Nach den Worten der Mitarbeiter der Donezker Eisenbahn war Alexandr Bakula ein sachkundiger Wirtschaftler und erfahrener Leiter, der sich manchmal durch Jähzorn auszeichnete, seine Worte waren hart, aber wahrheitsgemäß. Alexandr Bakula war ein Gegner jeglicher Aufteilung bei der Donezker Eisenbahn, er verhinderte Entwendungen in jeder Weise. Er arbeitete nicht mehr als drei Wochen für die neue Regierung. Deshalb ist hier eher die Rede von politischen Repressionen gegen alle, die der neuen ukrainischen Regierung nicht genehm sind.“

De.sputniknews.com: Die Einzelsanktionen der EU, die im März 2014 gegen Bürger Russlands und Mitglieder der Volkswehr der Region Donbass verhängt worden waren, sind bis zum 15. September 2015 offiziell verlängert worden, wie aus einem Kommuniqué des EU-Rates hervorgeht.

Die Außenminister der EU-Länder hatten in einer außerordentlichen Sitzung am 29. Januar, nach dem Beschuss der Hafenstadt Mariupol, beschlossen, die bis zum 15. März 2015 befristeten Sanktionen um ein halbes Jahr zu verlängern. Sie beauftragten auch die EU-Dienste, Vorschläge zu einer Erweiterung der Sanktionsliste vorzubereiten.

Nun stehen 151 Personen, darunter Amtsträger Russlands und Vertreter der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk, sowie 37 juristische Personen auf der Sanktionsliste. „Der EU-Rat hat die Restriktionsmaßnahmen der EU, die wegen der Handlungen gegen die Souveränität der Ukraine und ihre territoriale Integrität und Unabhängigkeit eingeleitet worden waren, verlängert“, heißt es in dem Kommuniqué.

Laut der Brüsseler Ausgabe Bruxelles2 wurde die Zahl der mit Sanktionen belegten Privatpersonen wegen des Todes der Vize-Vorsitzenden der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus) Ljudmila Schwezowa von 151 auf 150 reduziert.

Ein Normativakt zur Sanktionsverlängerung soll an diesem Samstag im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht werden.

Dan-news.info: Es darf keinerlei Verspätungen mit der Bestimmung des Status der Regionen des Donbass geben. Diese Auffassung vertrat der stellvertretende Sprecher des Volkssowjets der DVR, der offizielle Vertreter der Republik in der Kontaktgruppe Denis Puschilin.

„Wenn die Entscheidung der Obersten Rada mit Verspätung angenommen werden wird, so muss darauf Einfluss genommen werden, dass dies nicht geschieht, dass es keine derartigen Präzedenzfälle gibt“, sagte er. „Als einen Ausweg aus der entstandenen Situation gab es heute eine Erklärung der Oberhaupt der Republik Alexandr Sachartschenko an Hollande und Merkel, dass diese Druck auf Kiew ausüben“.

„Soweit mir bekannt ist, ist das Projekt bereits in die Tagesordnung der Rada aufgenommen“, fuhr er fort. „Dies ist ein gutes Signal und eine gute Richtung. Aber man muss die Sache bis zum Ende bringen“.

Gestern Abend hat der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine die Grenzen der einzelnen Territorien des Donbass bestimmt, in Bezug auf die der besondere politische und ökonomische Status gelten soll. Für die Realisierung der Entscheidung über die Bestimmung der Grenzen wird eine entsprechende Entscheidung der Obersten Rada und eine Änderung im Gesetz über den besonderen Status vorgenommen, heißt es auf der Seite des Sicherheits- und Verteidigungsrats.

Gefunden auf der Facebook-Seite von AntiMaidan:

Ukraine: Fünf Nazis vom Rechten Sektor verprügeln brutal einen Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges

Pjotr Filonenko kam an die Front, als er 11 Jahre alt war, und blieb da bis zu Ende des Krieges. Er ist von zu Hause geflohen. Warum denn? Dazu äußert er sich wie folgt: — Ich brach einem sicheren Tod entgegen auf. Das war mir bewusst. Und ich wusste, wofür ich zu kämpfen hatte. Die Deutschen hatten meiner 18-jährigen Schwester einen Stern an die Stirn geschnitten, ihre Busen mit Speießen durchgestochen. Sie hatte geschrien, da hatten sie ihr beide Kiefer gebrochen. Die Mutter wollte sie verteidigen, da hatten sie sie mit einem Gewehrkolben gegen den Kopf geschlagen und sie war hingefallen. Dabei hatte sie meine jüngere Schwester am Arm. Ich hatte also einen ernsten Grund, Faschisten und Bandera-Anhänger zu hassen.

So ist Pjotr zum "Sohn des Regiments" in einer Panzerbrigade an der weißrussischen Front geworden.

Am 16 Juli 1943, als Pjotr Filonenko als Mitglied dieser Panzerbrigade an der Front kämpfte, gerieten sie unter ein schreckliches Bombardement. Um seinen Kommandeur vor einer Bombe zu retten, stieß ihn Pjotr in einen Schutzgraben und geriet dabei selber unter einen Splitterhagel.

— "Erst später habe ich erfahren, dass ich insgesamt sieben davon abbekommen hatte,"- erinnert sich Pjotr Alexejewitsch. "- Und damals, weiß ich noch, hat der Kommandeur gerufen: "Lauf schnell zum Feldarzt!". Der war aber bereits tot... Da bin ich bewusstlos geworden. Meine Freunde haben mir später erzählt, dass man 14 Leute in ein Massengrab gelegt hat. Sie haben angefangen, sie mit Erde zu verschütten. und plötzlich hat man gemerkt, dass Pjotr eine Blutblase unter der Nase hat. "Rausgraben! Der lebt ja noch!" An einer Sanitätsstelle hat die Krankenschwester Walja den Jungen ihr Blut gespendet. So ist er wieder am Leben geblieben!

"Es gab eine Schlacht um die Autobahn Gomel - Bobrujsk. Von einem feindlichen Bunker aus beschoss man uns so intensiv, dass es für Infanteristen nicht möglich war, durch diese Feuerwand durchzukommen. Ich sprang vom SPW, kroch durch dichte Sträucher und stieß mit meiner Schulter mit ganzer Kraft gegen die glühendheiße Maschinengewehrmündung. 12 Durchschüsse habe ich abbekommen..."

Pjotr war damals lediglich 14 Jahre alt. Den kleinen Helden, der die gleiche Heldentat wie die von Alexander Matrossow vollbrachte, wollte man mit 400 weiteren gefallenen Kämpfern der Roten Armee in einem Sarg beerdigen, wie einen Offizier. Das Grab war bereits fertig, man fing an, Nägel in den Sargdeckel einzuschlagen, da hörte man schwache Rasselgeräusche daraus. Danach folgten 12 Operationen und 12 Monate Reha in der Stadt Zchaltubo.

"Wegen dieser Verwundungen haben meine Kameraden mir den Rufnamen "Zusammengeflickter" gegeben", erinnert sich Pjotr Filonenko. "Nun bin nur ich von unserer Panzerbrigade noch am Leben - der letzte Soldat."

Pjotr Filonenko ist bis nach Berlin gekommen. Wie auch andere sowjetische Soldaten, die Europa vom Faschismus befreit haben, hat er seine Initialen ans Reichstagsgebäude gesetzt.

Im Laufe seines ganzen Lebens, einschließlich des Dienstes bei der ukrainischen Miliz, wurde Pjotr Alexejewitsch ca. 60 Mal verletzt. Außerdem wirkte er als Nebendarsteller bei ca. 300 Dokumentar- und Spielfilmen mit, ist Autor von mehreren Büchern.

Pjotr Alexejewitsch hielt stets drei Länder für seine Heimat: die Ukraine, Weißrussland und Russland. Nun hat er eine Heimat weniger: Der Kriegsveteran verlässt Kiew. Der Alte kann seine Heimatstadt einfach nicht wieder erkennen: Die ist voll von Bandera-Anhängern. Ein Alptraum des Sowjetsoldaten ist Wirklichkeit geworden: Die Nazis haben Kiew doch erobert...

Fünf Vertreter des Rechten Sektors warfen den Alten auf den Asphalt und verprügelten ihn. Ihre Schläge trafen seine Arme und Beine, es gelang ihm, den Kopf zu verstecken. Das Ergebnis dieser "Unterhaltung" mit dankbaren ukrainischen Nachkommen waren zahlreiche Prellungen und 2 Rippenbrüche. Der Kriegsveteran benötigte eine komplizierte Operation. Kiewer Ärzte wollten den Alten nicht operieren, sie wiesen auf seinen nicht stabilen allgemeinen Gesundheitszustand.

Mehr noch: Da der Kriegsveteran ein Interview den russischen Journalisten gegeben hat, haben Krieger-Nazis eine richtige Jagd auf ihn organisiert. Er bekam immer wieder Drohungen per Telefon, an seine Tür wurde das Zeichen des Rechten Sektors aufgeklebt.

Der Kriegsveteran ist nach Russland gezogen. Hier sprachen die Ärzte ihre Zustimmung für die komplizierte Herzoperation aus. Wohlwollende Menschen bieten ihm Unterkunft in ihrer Wohnung an.



Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko hat angewiesen, den Familien der im Sasjadko-Bergwerk Umgekommenen eine Zahlung im Umfang von 5 Jahresgehältern eines Bergmanns zu zahlen.

„Ich habe die staatliche Bergbauaufsicht angewiesen eine Inventur der Kohle in den Lagern des Unternehmens vorzunehmen, sie zu verkaufen und den Menschen das Geld zu geben“, erklärte Sachartschenko heute während einer erweiterten Besprechung der Ministerien und Behörden über die Probleme des Kohle-, kohlechemischen, metallurgischen und Maschinenbaubereichs.

Nach seinen Worten wird in der DVR eine Kompensation für den Verlust des Ernährers einer Familie nach der alten Ordnung erfolgt – im Ausmaß von 5 durchschnittlichen Jahresgehältern eines Bergmanns im Sasjadko-Bergwerk.

Sachartschenko fügte auch hinzu, dass es eine Anfrage an Kiew geben wird, dass dort die Hilfe an die Familien der Umgekommenen gezahlt wird. Jetzt beträgt diese Summe nach Angaben der staatlichen Bergbauaufsicht ca. 120.000 Griwna.

Dan-news.info: Eine Videokonferenz zu Fragen der Realisierung des Maßnahmekomplexes, der in der Kontaktgruppe bei den Verhandlungen in Minsk vereinbart wurde, findet heute, am 13. März statt. Dies teilte auf der Plenarsitzung des Volkssowjets der DVR der offizielle Vertreter der DVR in der Kontaktgruppe, der stellvertretende Sprecher des Parlaments Denis Puschilin mit.

„Heute findet eine Videokonferenz zum Maßnahmekomplex statt, ich muss mich darauf vorbereiten“, sagte Puschilin

De.sputniknews.com: Laut dem japanischen ehemaligen Premierminister Yukio Hatoyama ist das Referendum auf der Krim im März 2014 im Einklang mit der ukrainischen Verfassung und mit den Völkerrechtsnormen verlaufen.

Bei einem Treffen mit dem Vorsitzenden der russischen Staatsduma, Sergej Naryschkin, in Moskau verwies Hatoyama auf die Kritik seitens des Westens, die ukrainischen Gesetze und die Völkerrechtsnormen seien bei dem Krim-Referendum verletzt worden.

„Bei den Gesprächen mit Vertretern verschiedener Schichten der Gesellschaft auf der Krim habe ich mich dessen vergewissert, dass das nicht stimmt. Das Krim-Referendum entsprach sowohl der ukrainischen Verfassung als auch den Völkerrechtsnormen“, erklärte Hatoyama. Nach seinen Worten konnte er selbst sehen, dass sich die reale Sachlage auf der Krim von dem unterscheidet, was japanische Massenmedien darüber berichten.

„Ein japanisches Sprichwort lautet: Besser einmal sehen, als hundertmal hören. Soweit ich weiß, gibt es in Russland ein ähnliches Sprichwort. Ich denke, das ist eine natürliche Denkweise, wenn die Möglichkeit, etwas einmal mit eigenen Augen zu sehen, die Möglichkeit, etwas hundertmal aus dem Mund anderer zu hören, übertrifft“, sagte Hatoyama. Die japanische Regierung hat den Krim-Besuch Hatoyamas heftig kritisiert und erklärt, dass er der Position des Landes widerspreche und die Weltgemeinschaft in Verwirrung bringen könne.

Japan hat, genauso wie die EU und die USA, die Wiedervereinigung der Krim mit Russland nicht anerkannt.

Dan-news.info: Das Unternehmen „Donbassenergo“ beendet aufgrund großer Schulden bei den Kohleunternehmen der Republik seine Existenz in der DVR und das Starobeschewskaja-Kraftwerk geht in Staatseigentum über. Diese teilte heute das Staatsoberhaupt Alexandr Sachartschenko mit.

„Gestern wurde eine Entscheidung getroffen – wir lösen „Donbassenergo“ in Zusammenhang damit auf, dass sie mehr als 400 Mio. Griwna an Unternehmen schulden. Das Starobeschewskaja-Kraftwerk geht in Staatseigentum über“, sagte er.

Das Oberhaupt des Landes sagte, dass der Präzedenzfall, der radikale Maßnahmen nach sich zieht, von der Führung dieses Unternehmens und nicht von der Regierung der DVR geschaffen wurde. „Nicht wir haben das als erste begonnen, das Leben zwingt dazu“, unterstrich das Oberhaupt der DVR.

Dabei unterstrich er, dass alle Zahlungen für Strom die Zentrale Republikanische Bank bekommen wird. „Dies betrifft sowohl Privatpersonen als auch Unternehmen“, sagte Alexandr Sachartschenko.

„Donbassenergo“ ist eines der größten Energieunternehmen im östlichen Teil der ehemaligen Ukraine. Bis zum Krieg hat das Unternehmen 4,6% des gesamten Umfangs der Stromproduktion im Land erzeugt. Es schließt 9 Abteilungen ein, darunter das Starobeschewskaja-Kraftwerk, das sich auf dem Territorium der DVR befindet. Dies ist ein Kraftwerk, das 1958 in Betrieb genommen wurde. Die maximale Kapazität beträgt 2300 Megawatt. Heute hat das Unternehmen einen Bestand von 10 Kraftwerksblöcken.

De.sputniknews.com: Die Gerüchte über eine „Erkrankung“ von Russlands Präsident Wladimir Putin werden nach Ansicht von Experten, die von RIA Novosti befragt wurden, absichtlich verbreitet. Sie führen diese Aktivitäten auf die Rolle zurück, die Russland in der internationalen Arena spielt.

Ausländische Medien haben diese Woche berichtet, Putin sei möglicherweise erkrankt: Ein für diese Woche geplantes Treffen der Präsidenten Russlands, Kasachstans und Weißrusslands sei verschoben worden, außerdem habe sich der russische Staatschef bereits seit einigen Tagen nicht mehr in der Öffentlichkeit gezeigt.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow dementierte diese Berichte. Später teilte er in einem Bloomberg-Interview mit, dem Präsidenten gehe es gesundheitlich „absolut gut“.

Valeri Fjodorow, Generaldirektor des Meinungsforschungsinstituts WZIOM, äußerte dazu, dass der Rummel um Putins angebliche Erkrankung „erstens, von der riesigen Rolle zeugt, die Wladimir Putin nicht nur in Russland, sondern in der Welt insgesamt spielt, denn wem wäre es sonst interessant. Andererseits zeugt dies von gewissen Illusionen, dass Russland, sollte es Putin etwas zustoßen, gleich den eingeschlagenen Weg wechseln und alles vergessen würde, was mit ihm verbunden war“.

Der Politologe Leonid Poljakow meinte seinerseits, dass die Verbreitung solcher Stimmungen als eine zielgerichtete und langfristige Aktion angesehen werden kann. „Mich wundert es gar nicht“, sagte er. „Ich bin sogar auf noch mehr Gerüchte, Ängste und Befürchtungen gefasst. Ich denke aber, es gibt keinen Grund, sich von derartiger Panikstimmung erfassen zu lassen.“



Dnr-news.com: Am Freitag, dem 13. März wurde an die Mauern der russischen Botschaft in Kiew von Unbekannten ein Trauerkranz in blau-gelb abgestellt. Davon berichtet ein Benutzer von Twitter.

Die Inschrift auf der Kranzschleife weist darauf hin, dass der Kranz für den russischen Präsidenten Wladimir Putin bestimmt ist, der etwa eine Woche nicht in der Öffentlichkeit war...



Dan-news.info: „In den letzten 24 Stunden haben die Techniker des Zivilschutzministeriums der DVR, die das Territorium der DVR inspizieren, 37 explosive Elemente entdeckt. 27 Patronen vom Kaliber 7,62, 4 Antipanzermijnen, ein Kassettenelement von „Smertsch“-Systemen und zwei von „Uragan“-Systemen, eine Handgranate und vier Artilleriegeschosse vom Kaliber 122 und 152 mm“, teilte das Zivilschutzministerium der DVR mit. Außer in Donezk wurden die explosiven Objekte in Makejewka und Sneshnoje gefunden und unschädlich gemacht.

de.sputniknews.com: US-Senator John McCain hat Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier vorgeworfen, Russlands Präsident Wladimir Putin in der Ukraine nicht eindämmen zu wollen, berichtet die Deutsche Welle am Freitag.

"Der deutsche Außenminister ist der gleiche Typ, der sich mit seiner Regierung weigert, das Verhalten von (Russlands Präsident) Wladimir Putin zurechtzuweisen, der gerade in diesem Moment Ukrainer abschlachtet", erklärte der Republikaner am Donnerstag vor der Presse im Kongress.

Steinmeier, der auf einer USA-Reise ist, hatte vorher in Washington sein großes Unverständnis über die republikanischen Senatoren geäußert, die Anfang der Woche in einem Brief an die Führung in Teheran das angestrebte Abkommen über das iranische Atomprogramm unter Vorbehalt des US-Kongresses gestellt hatten. Steinmeier befürchtete, dass der Vorgang das Vertrauen Teherans in die Atomgespräche untergraben könnte. McCain hatte bereits mehrmals sowohl die Außenpolitik Moskaus als auch die Politik von US-Präsident Barack Obama negativ beurteilt. Seine markanteste Äußerung machte er bei einem Interview für den US-Fernsehsender CBS. Dort sagte McCain, er schäme sich „für sein Land, seinen Präsidenten und sich selbst“ und es zerreiße ihm das Herz, weil die USA sich bisher nicht zu Waffenlieferungen an Kiew entschieden haben. Außerdem sieht McCain die Minsker Vereinbarungen recht skeptisch.

Dan-news.info: Die Schwerindustrie der DVR funktioniert heute im Mittel nur auf 10-15% der realen Kapazität aufgrund des Fehlens von Rohstoffen und Problemen mit dem Verkauf der fertigen Produktion. Dies erklärte heute der Leiter der Koordination der strategischen Entwicklung der Industrie beim Apparat des Oberhauptes der DVR Jewgenij Lawrenow.

„Die kohlechemischen Fabriken arbeiten nicht mehr als 15 Prozent ihrer Kapazität. Heute leistet die Kohlechemie in Gorlowka und Makejewka wenig Arbeit, Jasinowata ist vorläufig stillgelegt und das Unternehmen „Donezkkoks“ steht ohne Rohstoffe da. In den Fabriken gibt es keine Auslieferung, alle arbeiten für das Lager“, sagte Lawrenow.

Nach den Worten des Vertreters des Apparats des Republikoberhauptes gibt es eine vergleichbare Situation auch im Metallbereich. Die Jenakiewer Metallfabrik funktionierte lange Zeit wegen Beschädigungen durch den Artilleriebeschuss durch die Kiewer Truppen nicht. „Entsprechend werden die Öfen im Bereitschaftsmodus gehalten. Erst heute ist die Fabrik bereit zu Produktion. „Donezkestal“ steht ohne Rohstoffe da und braucht keinen Koks“, sagte der Beamte.

„In Zusammenhang damit, dass die kohlechemischen und metallurgischen Fabriken im Grundbetrieb arbeiten, haben sie fast keine Aufträge für den Maschinenbau. Deshalb arbeiten diese praktisch nicht, und wenn sie arbeiten, dann nur für kleine Aufträge. Ihre Auslastung beträgt nicht mehr als 10 Prozent.“

de.sputniknews.com: Die Kiewer Führung will mit Unterstützung der USA Einsatzkommandos bilden, die den US- Spezialkräften SWAT ähneln und in besonderen Situationen eingesetzt werden könnten, wie der ukrainische Innenminister Arsen Awakow am Freitag in Kiew in einer Pressekonferenz sagte.

„Wir arbeiten mit der US-Regierung, mit US-amerikanischen Experten nicht nur auf dem Gebiet des Streifendienstes, sondern auch beim Aufbau einer einheitlichen ukrainischen Struktureinheit mit Polizeifunktion zusammen. Ein von der Regierung erstelltes Programm sieht die Bildung einer speziellen Struktureinheit nach dem Vorbild der US-amerikanischen Spezialkräfte SWAT vor“, so Awakow.

Die neuen Spezialkräfte sollen innerhalb des ukrainischen Innenministeriums aufgestellt werden.

Dan-news.info: Die DVR hat mit der Lieferung von Kohle in die Ukraine begonnen, erklärte heute der stellvertretende Kohle- und Energieminister Alexandr Potapenko. „Gestern haben unsere Eisenbahner 5000 Tonnen zu „Zentrengo“ geliefert und haben dafür Geld erhalten – 5 Mio. Griwna Vorauszahlung, heute wurden 29 Waggons der zweiten Tranche geliefert. Am Abend erwarten wir 10 Mio. Griwna Vorauszahlung für diese Tranche“, informierte der stellvertretende Minister. Potapenko unterstrich, dass heute „in den Lagern mehr als 600.000 Tonnen Kohle liegen, sowohl energetische als auch koksfähige“. „Koksfähige Kohle ungefähr 84.000 Tonnen, die übrige Marke „A“, „T““, erklärte der stellvertretende Minister. „Wir planen einen Umfang der Arbeit mit der Gesellschaft von ca. 100.000 Tonnen – das sind bis zu 130 Mio.“.

Dan-news.info: In Makejewka hat die Entladung der Lastwagen begonnen, die mit der humanitären Kolonne des Zivilschutzministeriums der RF gekommen sind. Insgesamt sind in der Kolonne, die in der DVR eingetroffen ist, 12 Lastwagen, darunter neun mit Lebensmittel und drei mit Baumaterialien. „Lebensmittel und Baumaterialien sind außer der Reihe nach Rostow mit Hilfe von Flugzeugen des Zivilschutzministeriums der RF gebracht worden und wurden operativ auf unser Territorium geliefert“, sagte der stellvertretende Leiter des Koordinationszentrums für den Wiederaufbau der DVR Igor Bilodid. „Es wurden Milchkonserven, Fischkonserven, Grieß und Mehl geliefert. Außerdem Lacke und Farben für Gebäude und Baumaterialien, die für den Wiederaufbau unserer Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser verwendet werden“.

De.sputniknews.com: Die westliche Propaganda ist ineffizient, deshalb befürchtet die EU-Spitze eine endgültige Niederlage im Medienkrieg gegen Russland. Das sagen russische Experten im Hinblick auf die neue EU-Initiative, die darauf abzielt, sich den russischen Sendern inhaltlich stärker entgegenzusetzen.

„In der EU sieht man, dass der Informationskrieg (wie er dort genannt wird) verloren geht. Doch in Wirklichkeit verlieren sie nicht den Informationskrieg, sondern den Kampf um die Gemüter der Menschen“, sagte Sergej Ordschonikidse, Vizechef im russischen Bürgerrat, einem Beratungsgremium, das die Kommunikation zwischen Staat und Zivilgesellschaft fördern soll. So kommentierte er im Interview mit dem russischen Auslandssender RT die jüngste Initiative des EU-Rates.

In der laufenden Woche hatte die Agentur Reuters gemeldet, der EU-Rat wolle der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini vorschlagen, einen Aktionsplan „für strategische Kommunikation zwecks der Unterstützung der Medienfreiheit und der europäischen Werte“ vorzulegen. Die russische Agentur Interfax zitierte Mogherini mit den Worten: „Das ist keine Frage der Antipropaganda. Es geht eher darum, die Medienfreiheit, darunter auch in Russland, zu unterstützen.“

Die russische Zeitung „Wedomosti“ kommentierte am Freitag: „Manche westliche Politiker und Journalisten rufen längst auf, sich den russischen Medien und insbesondere dem Auslandssender RT aktiver entgegenzusetzen. Der frühere Chef von BBC World Service, Peter Horrocks, sprach beispielweise von einer finanziellen Überlegenheit der russischen Staatssender im ‚globalen Informationskrieg‘. Und John Whittingdale, Chef des Ausschusses für Kultur, Medien und Sport im britischen House of Commons, versprach, neue finanzielle Garantien für BBC zu beantragen, um im Informationsbereich gegen RT aktiver zu kämpfen.“ Nach Ansicht von Ordschonikidse hängen die Besorgnisse des Westens vor allem mit der russischen Berichterstattung zum Thema Ukraine zusammen: „Zu Beginn der ukrainischen Ereignisse sagte der Westen: ‚Dort läuft ein Krieg und die Russen nehmen daran teil‘. Doch dann zeigten unsere Sender, was in der Ukraine wirklich geschieht: Morde, gesprengte Häuser, Abschaltung von Strom und Heizung, Hungernot und Elend, die von Kiew

geschaffen wurden. Dies änderte die Psychologie und die Haltung vieler Durchschnittsbürger zu den Ereignissen in der Ukraine. Auch schreckliche Foltern wurden gezeigt. Die Regierung in Kiew kontrolliert faktisch nicht die Banditen-Bataillone, im Parlament kommt es zu Handgemengen.“

Die Reaktion westlicher Politiker gehe darauf zurück, dass sie bestrebt seien, Russland weiter unter Druck zu setzen. Doch die Gründung eines neuen europäischen Propaganda-Senders könne die Menschen nicht daran hindern, die Wahrheit aus Russland zu hören, so Ordschonikidse.

Igor Nikolaitshuk, Experte des Zentrums für Verteidigung- und euroatlantische Studien am Russischen Institut für Strategische Studien, kommentierte im Gespräch mit RT die EU-Pläne: „Erstens liegt die Auslandspropaganda der westlichen Länder gegenüber Russland derzeit in Schutt und Asche, es mangelt ihr an Finanzierung. Zweitens ist die Propaganda, die durch die westlichen Auslandssender betrieben wird, ineffizient. Niemand hört ihr zu. In der gegenwärtigen Welt, im Zeitalter des Internets, wenn Informationen frei kursieren und weiterverbreitet werden, greift niemand mehr zu den Quellen wie Voice of America. Die russischen Programme der Medien wie Deutsche Welle oder BBC haben auch keine Zuschauer und Hörer, denn aus Sicht der Russen sind diese Medien völlig marginal. Deren potenzielle Nutzer sprechen Englisch und wenden sich nicht an diese propagandistische Quellen.“

Nikolaitshuk sagte weiter, die westliche Propaganda-Kampagne gegen Russland zielt vor allem darauf ab, die Regierung in Moskau zu diskreditieren: „Die derzeitige russische Führung ist dem Westen nicht recht und soll aus seiner Sicht gewechselt werden – nach demselben Muster wie in anderen Ländern. Für diese Zwecke soll bei westlichen Lesern und Zuschauern der Eindruck erweckt werden, dass das ein Monster sei.“

## **Abends:**

De.sputniknews.com: US-Senator John McCain hat die Bundeskanzlerin Angela Merkel wegen ihrer Ablehnung von Waffenlieferungen an die Ukraine scharf kritisiert, berichtet „Die Zeit“ (Freitagausgabe).

In einem ZDF-Interview warf McCain Merkel Untätigkeit vor. "Ich würde die Kanzlerin fragen, wie viele Menschen müssen noch in der Ukraine sterben, bevor wir ihnen helfen, sich zu verteidigen?", sagte der republikanische Senator.

„Will sie einfach nur zuschauen, wie ein Land in Europa zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg zerstückelt wird?“

Das Verhalten Europas im Ukraine-Konflikt sei für ihn insgesamt eine riesige Enttäuschung, "aber ich habe nichts anders erwartet", so McCain weiter. "Wenn man sich die Haltung der deutschen Regierung anschaut, könnte man meinen, sie hat keine Ahnung oder es ist ihr egal, dass in der Ukraine Menschen abgeschlachtet werden."

Der SPD-Außenpolitiker Niels Annen reagierte empört auf die Vorwürfe und forderte eine Entschuldigung des US-Senators. "John McCain sollte sich für seine beleidigenden Äußerungen entschuldigen, niemand in Europa hat sich so für den Frieden in der Ukraine eingesetzt wie Steinmeier und Merkel", sagte der Bundestagsabgeordnete.

In den USA wird wegen der Kämpfe in der Ostukraine erneut über Waffenlieferungen an die ukrainische Armee diskutiert. McCain ist einer der prominentesten Befürworter, betont die Zeitung.

Dan-news.info: Die Perspektiven des Friedensprozesses werden in den nächsten Tagen klarer werden. Dies erklärte heute der offizielle Vertreter der DVR bei der Kontaktgruppe Denis Puschilin.

„Gerade ging die Videokonferenz der Kontaktgruppe zu Ende. Sie verlief relativ konstruktiv. Man kann nicht sagen, dass eine Entscheidung getroffen wurde, aber trotzdem gibt es Bewegung. Wie die Lage tatsächlich steht, wird buchstäblich in den nächsten Tagen deutlich werden“, sagte er.

Nach seinen Worten sind die Seiten übereingekommen, dass „es nötig ist, alles mögliche zu tun, damit dieser brüchige Waffenstillstand weitergeht“.

Unterarbeitsgruppen in der Kontaktgruppe wurden vereinbart.

„Ich hoffe sehr, dass in der nächsten Woche schon etwas über die Untergruppen klar wird, sie sind vereinbart sowohl bezüglich der Zahl als auch bezüglich des Personals und der Themen dieser Untergruppen“, sagte Puschilin.

rusvesna.su: Die Ukraine wird fast 4 Milliarden US-Dollar aus der Tranche des IWF dafür verwenden, US-Waffen zu kaufen. |Nach Erhalt des Kredits des IWF hat Kiew seine Verteidigungsausgaben und Waffenkäufe von 1,25% des BIP auf 5,2% erhöht, was im Jahr 2015 3,8 Milliarden Dollar ausmachen wird. Die ukrainischen Behörden werden mehr als 500 Artikel militärischer Munition und Ausrüstung bestellen.

de.sputniknews.com: Meldungen, wonach Präsident Wladimir Putin ein Kind geboren wurde, entsprechen nicht der Wirklichkeit. So kommentierte Kremlsprecher Dmitri Peskow die jüngsten Berichte in ausländischen Medien.

„Ich möchte mich an reiche Menschen mit der Bitte wenden, einen Wettbewerb zur besten journalistischen Ente zu organisieren“, sagte Peskow am Freitag vor der Presse in Moskau.

Dan-news.info: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Die ukrainischen Streitkräfte führen nicht mehr nur beunruhigendes, sondern bezüglich der Ziele, Ort und Zeit koordinierte zielgerichtetes Feuer auf unsere Positionen und Ortschaften unter Verwendung schwerer Systeme vom Kaliber 120mm, 122mm und 152mm, die nach den Versicherungen Kiew schon jenseits der Grenzen der 50-km-Sicherheitszone von der Kontaktlinie abgezogen sind.“ Nach den Worten Basurins werden bei den Beschüssen auch Panzer, Militärmaschinen, Abwehrwaffen, automatische Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

„Wir können nicht unendlich lange solche Handlungen der ukrainischen Truppen auf die Unlenkbarkeit einzelner Abteilungen der Strafbataillone schieben“, sagte Basurin. Er erinnerte daran, dass in den letzten 24 Stunden das Verteidigungsministerium 62 Beschüsse der DVR von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt hat. „Die Zahlen sprechen für sich und sind ein anschauliches Beispiel der, wie gestern der Vertreter des Sekretärs des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine General Kowal erklärte, „unaufhörlichen Erfüllung der Minsker Vereinbarungen durch die Ukraine“.

„Jeder Versuch eines Blitzkriegs Kiews wird mit seiner Niederlage enden nicht nur im militärischen Feld. Die Verantwortung für das Scheitern des Friedensprozesses wird nur bei Kiew liegen und bei seinen Unterstützern in Washington und London.“

„Wir wenden uns an die OSZE, Berlin und Paris mit dem Aufruf, den notwendigen Einfluss auf Kiew mit dem Ziel der unbedingten und vollständigen Erfüllung der Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar auszuüben, vor allem im Bereich des Regimes der Feueinstellung und des Abzugs schwerer Waffen“, sagte Basurin.

Von ihrer Seite hat die die DVR mehrfach ihr Interesse an einer Erfüllung aller Punkte des

Minsker Vereinbarungen demonstriert. „Wir haben alle schweren Artilleriesysteme vollständig auf die vereinbarte Distanz abgezogen, wir sind bereit zur Durchführung von Verifikationen in den zur Kontaktlinie benachbarten Gebieten von Seiten der OSZE-Mission und des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung“, sagte Basurin.'

Die ukrainischen Streitkräfte reparieren schwere Waffentechnik, die sie dann wieder zur Kontaktlinie zurückbringen.

„Gestern haben wir die Bestätigung der Information über die Durchführung der Reparatur von Artilleriesystemen, darunter Haubitzen vom Typ „Gwosdika“, „Grad“- und „Uragan“-System, Panzer, SPW in der Basis des 1282. Zentrums zur Sicherung von Panzertechnik und Technik in der Ortschaft Artjomowsk erhalten“, sagte Basurin.

Nach seinen Worten befinden sich auf dem Territorium der genannten Einrichtungen 37 Technikeinheiten, die zuvor von den frontnahen Positionen abgezogen wurden. In der letzten Nacht ist im Gebiet der Fabrik eine Kolonne militärischer Tankwagen eingetroffen. „Diese Technik wird morgen verdeckt auf die Positionen an der Linie Schiroke-Granitnoje und Marynka-Peski zurückgebracht, wo die OSZE-Vertreter schon ihre Arbeit abgeschlossen haben“, erklärte Basurin.

„Wir rufen die OSZE auf, morgen den angegebenen Bezirk und die Ortschaften zu besuchen und öffentlich alle diese Verletzung der Minsker Vereinbarungen durch Kiew zu bestätigen“, endete Basurin.

de.sputniknews.com: Die Ukraine hat bereits Verträge mit „einer Reihe der EU-Länder“ über die Lieferung „letaler Waffen“. Das behauptete der ukrainische Präsident Pjotr Poroschenko am Freitag in Kiew. Es gebe bereits Verträge mit elf EU-Ländern über die Lieferung „letaler Waffen, ohne aber die Staaten beim Namen zu nennen.

„Ein offizielles Embargo der EU für Waffenlieferungen an die Ukraine ist bereits aufgehoben worden“, sagte Poroschenko in einem Interview für den TV-Sender 1+1. Details wollte er nicht preisgeben.

Der Vize-Generalstabschef der Donezker Volkswehr, Eduard Bassurin, bezeichnete Poroschenkos Behauptungen als eine Lüge. „Offiziell liefert kein einziges europäisches Land Waffen an die Ukraine“, erklärte Bassurin in Donezk. Zugleich schloss er Geschäfte Kiews mit privaten Rüstungsfirmen im Ausland nicht aus. Nach der Zerschlagung ukrainischer Verbände im Flughafen von Donezk waren Waffen ausländischer Produktion gefunden worden.

